

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Finanzwirtschaft	Datum: 07.03.2019	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 5	Bezeichnung der Vorlage: Einsparvorschläge der Gemeindeprüfanstalt, Bund der Steuerzahler, Verwaltung, Politik und Bürgerschaft		Datum: 28.03.2019
Vorlage-Nr: VO/0071/19			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	09.04.2019	Haupt- und Finanzausschuss (2017)	

Sachverhalt:

Die Fraktion Aktiv für Wegberg hat mit Antrag vom 30.05.2016 die Veröffentlichung der gesammelten Einsparvorschläge beantragt (VO/3639/16). Hierzu wurde eine Vorlage erarbeitet (VO/3660/16), die aufgrund des Umfangs jedoch an die Verwaltung zurückgegeben wurde.

Die Arbeitsgruppe Sparen hat sich in der Zwischenzeit mit den freiwilligen und pflichtigen Leistungen einer Kommune, sowie den vorliegenden Sparvorschlägen, auseinandergesetzt. Der besondere Arbeitsschwerpunkt lag bislang auf den pflichtigen Leistungen, da die den geringsten Spielraum für Einsparmöglichkeiten bieten. Hier ist die Verwaltung oftmals an Gesetze und verbindliche Vorgaben Dritter gebunden, die Einsparungen deutlich erschweren.

In der Sitzung des Rates am 26.02.2019 wurde vereinbart, dass eine weitere Arbeitssitzung der Arbeitsgruppe Sparen stattfinden soll und sodann eine intensive Auseinandersetzung mit den freiwilligen Leistungen erfolgt.

Als Einstieg in die Thematik und für die Vorbereitung der Arbeitsgruppe Sparen in den Fraktionen ist dieser Vorlage ist eine Übersichten mit den gesammelten und aktualisierten Einsparvorschlägen (Gemeindeprüfanstalt, Verwaltung, Politik, Bürgerschaft, Bund der Steuerzahler, Umsetzungsverfahren) unterteilt nach folgenden **Maßnahmentypen** beigefügt:

- Abbau von Flächen, Standards und Einrichtungen
- Abbau von Standards bei Repräsentationen, Rat, Fraktionen
- Abbau von Standards, Leistungen und Zuschüssen
- bauliche und energetische Optimierung
- Beiträge von Beteiligungen
- Erhöhung von Gewerbesteuern
- Erhöhung von Grundsteuern
- Erhöhung sonstiger kommunaler Steuern
- Finanzwirtschaftliche Maßnahmen
- Interkommunale Zusammenarbeit
- IT/ Technikeinsatz
- Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Satzungen und Verträgen

- Reorganisation / GPO
- Sponsoring und Spenden
- Stellenabbau

Im Zusammenspiel zwischen dieser Anlage und der begonnenen Produktkritik, können gemeinsam von Verwaltung und Politik weitere Einsparpotentiale erzielt werden. Dies ist besonders vor dem Hintergrund der Bildung der erforderlichen neuen HSK-Maßnahmen (siehe Genehmigungsschreiben des Kreises Heinsberg zum Haushalt 2019) kurzfristig notwendig.

Der Fachbereich Finanzwirtschaft regt an, mit der Veröffentlichung der Liste, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wegberg zu ermutigen weitere Einsparvorschläge einzureichen. Diese Liste könnte also ein erster Schritt in die Richtung Entwicklung eines aktiven Bürgerhaushalts sein.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis und beauftragt den Fachbereich Finanzwirtschaft diese Übersicht auf der Internetseite der Stadt Wegberg zu veröffentlichen.

Anlage:

Übersicht gesammelte Einsparvorschläge

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
 Gez. Vieth
 Gez. Kühlen

FBL' in 401
 Stadtkämmerin

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

Einsparvorschläge GPA			
Abbau von Flächen, Standards und Einrichtungen			
Nummer		angenommen	abgelehnt
1	Haushaltsverbesserungen aus der Vermarktung der anstehenden Gewerbeflächen		
2	Anpassung der Gebäudenutzung/ des Gebäudebestandes an die demographischen Veränderungen		
3	Veräußerung nicht mehr benötigter städt. Gebäude		
4	Festlegung von Standards für städt. Verwaltungsgebäude und Optimierung des Raumkonzeptes		
5	Verkauf städt. Grundstücke und Immobilien über Restbuchwert		
6	Kürzung Fremdanmietungen, Nutzung von stillgelegten Schulgebäuden		
7	Bedarfsgerechter Einsatz von Schulsekretärinnen nach dem Ergebnis des Schulentwicklungsplans		
8	reduzierter Pflegeaufwand durch Aufgabe von Sportanlagen		
9	Betriebskosteneinsparung auf Sportanlagen		
10	Verkauf von Grünflächen auf Friedhöfen		
11	Erstellung Friedhofsbedarfsplan mit dem Ziel der Aufgabe von Friedhofsflächen		

Einsparvorschläge GPA			
Abbau von Standards bei Repräsentationen, Rat, Fraktionen			
Nummer		angenommen	abgelehnt
12	Verzicht auf Neujahrsempfang		
13	Straffung des Ausschusswesens - Reduzierung der Anzahl der Sitzungen		
14	Kündigung einer freiwilligen Unfall- und Kfz-Versicherung für Mandatsträger		
15	Verzicht 2. stellvertretender Bürgermeister		
16	Aufwandsreduzierung für Nachrufe (Bürgermeister, Ratsmitglieder)		
17	Personenbezogene Kosten der Sitzungen unter Einbeziehung der Verwaltungsmitarbeiter ermitteln und Kosten je Einwohner mit denen aus Kommunen gleicher Größenordnung vergleichen. An den Kostengünstigsten orientieren.		
Abbau von Standards, Leistungen und Zuschüsse			
Nummer		angenommen	abgelehnt
18	Reduzierung der Mittel für Städtepartnerschaften		
19	Reduzierung Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit		
20	Keine Bearbeitung von Amtshilfeersuchen < 20,00 €		
21	Reduzierung/ Anpassung des Telefonbuchauftritts		
22	Kostensenkung bei der Bewirtung mit Getränken		
23	Reduzierung Erfrischungsgeld Wahlhelfer		
24	Abschaffung der Wahlergebnis- Präsentation am Wahlabend		
25	Personenstandswesen, Reduzierung der Sachausgaben		

Einsparvorschläge GPA			
Beiträge von Beteiligungen			
Nummer		angenommen	abgelehnt
26	Gewinnabführung durch die SEWG		
Erhöhung sonstiger kommunaler Steuern			
Nummer		angenommen	abgelehnt
27	Anhebung Vergnügungssteuer.		
28	Einführung einer Steuer auf Vergnügungen sexueller Art als "Erweiterung" der Vergnügungssteuer		
29	Einführung einer Übernachtungssteuer		
Finanzwirtschaftliche Maßnahmen			
Nummer		angenommen	abgelehnt
30	Reduzierung der Rückstellungen für Urlaub/ Resturlaub		
31	Ersatzbeschaffungen auf Mindestmaß reduzieren		
32	Mahnwesen optimieren		
33	Bessere Nutzung von Fördermöglichkeiten		
34	Auslagerung des Kassen-, Mahn- und Vollstreckungswesen		
35	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte wie z.B. Leasingverträge mit spitzen Bleistift rechnen. Vor- und Nachteile gegenüber dem Kommunalkredit abwägen.		
Interkommunale Zusammenarbeit			
Nummer		angenommen	abgelehnt
36	Interkommunale Zusammenarbeit aufbauen		
IT/ Technikeinsatz			
Nummer		angenommen	abgelehnt
37	Optimierung der IT-Ausstattung in den Schulen.		
38	Einführung Dokumentenmanagementsystem		

Einsparvorschläge GPA			
Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Satzungen und Verträgen			
Nummer		angenommen	abgelehnt
39	Anhebung allgemeiner Verwaltungsgebühren		
40	Vermarktung der städtischen Homepage durch Bannerwerbung und Provisionen können Erträge generiert werden (Stadt Oberhausen: 16.000 €/ jährlich)		
41	Rabatte Versicherungsprämien		
42	Gebühren Brauchtumsumzüge		
43	Verwaltungsgebühren (z. B. Trauungen)		
44	Gebührenerhöhung Brandschau		
45	Erträge aus Kostenersatz für Fehlalarme bei Brandmeldeanlagen		
46	Anpassung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Feuerwehr		
47	Sporthallenbenutzungsgebühren		
48	Anpassung Satzung Erschließungsbeiträge KAG		
49	Einführung eines Entgeltes für Lehrerparkplätze und weitere Mitarbeiter in den Schulen		
50	Anhebung Grabgebühren		
51	Reduzierung Anteil öffentliches Grün Friedhöfe		
52	Erhöhung Erträge Forum		

Einsparvorschläge GPA			
Reorganisation / GPO			
Nummer		angenommen	abgelehnt
53	Mehreinnahmen bei Zwangs- und Bußgeldern		
54	Patenschaften für Baumpflege, Grünanlagenpflege		
Sponsoring und Spender			
Nummer		angenommen	abgelehnt
55	Kinderfreizeit - Kostendeckung durch Sponsoren		
56	Reduzierung Zuschuss Stadtmarketing		
Stellenabbau			
Nummer		angenommen	abgelehnt
57	Reduzierung des Personalaufwandes zum Beispiel durch Reduzierung von Aushilfskräften		

Einsparvorschläge Verwaltung, Politik, Bürgerschaft

Abbau von Flächen, Standards und Einrichtungen

Nummer		angenommen	abgelehnt
58	Planungsleistungen durch eigene Kräfte		
59	Teile des Bauhofs und/oder Gebäudewirtschaft privatisieren		
60	Möglichkeit einer Verbundschule bei weiterführenden Schulen		
61	Reduzierung der Wassertemperatur im Hallenbad		

Abbau von Standards, Leistungen und Zuschüssen

Nummer		angenommen	abgelehnt
62	Gründung Kultur GmbH		
63	Reduzierung von Straßenschildern		
64	Umstellung auf digitale Literatur		
65	Reduzierung Ausleuchtung der Außensportanlagen (insbes. Winterhalbjahr)		
66	Schülerbeförderung (nur gesetzliche Kosten übernehmen)		
67	Überwachung ruhender Verkehr ausweiten		
68	Verbesserung der Auslastung der Wegberger Mühle		
69	Leasing von Feuerwehrfahrzeugen		
70	Reduzierung von Sportflächen		

Einsparvorschläge Verwaltung, Politik, Bürgerschaft

Bauliche und energetische Optimierung

Nummer		angenommen	abgelehnt
71	Entwicklung neuer Baugebiete		
72	Baugebiete ausweisen und im "Umlageverfahren" vermarkten.		
73	Ausweitung der Baugebiete ohne Änderung der vorhandenen Infrastruktur.		
74	Anschaffung von E-Autos		

Erhöhung Gewerbesteuern

Nummer		angenommen	abgelehnt
75	Maßnahmen zur Gewerbeneuansiedlung durchführen, dadurch Erhöhung der Gewerbesteuererinnahmen.		

Interkommunale Zusammenarbeit

Nummer		angenommen	abgelehnt
76	Bauhof mit Nachbarkommunen oder dem Kreis zusammenlegen		
77	Ämter (z. B. RPA) mit Nachbarkommunen zusammenlegen		

Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Satzungen und Verträgen

Nummer		angenommen	abgelehnt
78	Mietverträge mit Dritten und Vereinen überprüfen		

Einsparvorschläge Verwaltung, Politik, Bürgerschaft

Stellenabbau

Nummer		angenommen	abgelehnt
79	Auslagerung der Lohnbuchhaltung		
80	Reduzierung/ Verzicht Besetzung der Schulbibliothek		
81	Wiederbesetzungssperre konsequent anwenden		
82	Prioritäten im Personalbereich definieren		
83	Wegfall einer Leitungsstelle beim RPA		
84	Wegfall einer Beigeordnetenstelle		
85	Neuorganisation des technischen Dezernates		
86	Bauhof outsourcen		
87	Beförderungen nur im Rahmen eines festzulegenden Budgets		

Einsparvorschläge Bund der Steuerzahler

Abbau von Standards bei Repräsentationen, Rat, Fraktionen

Nummer		angenommen	abgelehnt
88	Als Kommunalpolitiker auf strategische Entscheidungen zum Wohle der Gemeinde/ Stadt ("was passieren muss/ soll passieren") konzentrieren. Das "wie" weitgehend der Verwaltung überlassen. Auf Einhaltung der Vorgaben achten		
89	Sitzungsbegleitende Aufwendungen wie Protokollführung, Vorlagenerstellung und Vor- und Nachbereitung der Sitzungen in regelmäßigen Abständen überprüfen.		
90	Generell Wirtschaftlichkeitsprüfungen vor der Entscheidung.		
91	Folgekosten immer separat aufführen.		
92	Verwendungskontrolle über die Fraktionszuwendungen durch die Rechnungsprüfungsämter sicherstellen.		
93	Sportlerehrungen kritisch überprüfen.		

Einsparvorschläge Bund der Steuerzahler

Abbau von Standards, Leistungen und Zuschüssen

Nummer		angenommen	abgelehnt
94	Betriebsausflüge nach Möglichkeit erst in der zweiten Tageshälfte beginnen. Andernfalls auf einen Samstag ausweisen.		
95	Städtepartnerschaften so weit wie möglich in die Obhut von Privatinitiativen und Freundeskreisen übertragen.		
96	Moderne Kommunikationsmittel (Email, Internet) konsequent nutzen (Einladungen etc.)		
97	Subventionierung von Mittagessen abschaffen oder auf soziale Härtefälle begrenzen.		
98	Bei der Verwaltung der Schülerbüchereien gezielt interessierte Eltern/ Bürger einbeziehen.		
99	Ausgaben für kulturelle Sonderveranstaltungen, Gastspiele fremder Ensembles, etc. reduzieren.		
100	Kulturwochen der Verantwortung der örtlichen Vereine überlassen.		
101	Verwendungsnachweis bei Zuschussgewährungen kritisch überprüfen.		

Einsparvorschläge Bund der Steuerzahler

Interkommunale Zusammenarbeit

Nummer		angenommen	abgelehnt
102	Einkaufsgemeinschaften mit anderen Kommunen		
103	Rechtsamt gemeinsam mit anderen Kommunen.		
104	Gemeinsamer Standesamtsbezirk mit anderen Kommunen.		
105	Für die Verkehrsüberwachung die Gründung eines gemeinsamen Ordnungsbezirks mit Nachbarkommunen prüfen.		

Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Satzungen und Verträgen

Nummer		angenommen	abgelehnt
106	Versicherungen auf ihre grundsätzliche Notwendigkeit prüfen ggf. kündigen.		

Sponsoring und Spenden

Nummer		angenommen	abgelehnt
107	Pflegearbeiten an Kinderspielplätzen an ehrenamtlich Tätige oder Unternehmen übergeben.		
108	Errichtung von Kinderspielplätzen durch Elterninitiativen.		

Stellenabbau

Nummer		angenommen	abgelehnt
109	Stundenweise Abordnung von Schreibkräften der Verwaltung (Schulamt) an einzelne Schulen an Stelle eines eigenständigen Schulsekretariats prüfen.		
110	Hausmeisterpool		

Einsparvorschläge in der Umsetzungsphase bzw. bereits geprüft

Abbau von Flächen, Standards und Einrichtungen

Nummer		angenommen	abgelehnt
111	Konzentration der Unterbringung städtischer Dienststellen im Rathaus und Reduzierung von Mietkosten	Mangels freier Räumlichkeiten bislang nicht umsetzbar.	
112	Reduzierung Schulstandorte		Beschluss des Rates alle Standorte zu erhalten.
113	Schließung von Grundschulen		
114	Schließung Hallenbad		Gutachten wurde erstellt. Erhalt ist beschlossen. Siehe Nr. 21
115	Brunnenanlagen stilllegen		Eine Stilllegung der Brunnenanlagen würde den strategischen Zielen des Rates "Wegberg 2025" Wohnen und Leben entgegenlaufen. Zu dem ist die Brunnenanlage in vielen Gewässern notwendig um die Stabilität der Wasserqualität durch die so erzeugte "Bewegung" des Wassers zu erhalten.

Einsparvorschläge in der Umsetzungsphase bzw. bereits geprüft

Abbau von Standards bei Repräsentationen, Rat, Fraktionen

Nummer		angenommen	abgelehnt
116	Zuschuss Schrofmühle streichen		Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2019 wurde ein Zuschussbetrag von 3.000 € beschlossen und keine Reduzierung (entspricht dem Ansatz von 2018).
117	Kostenoptimierung bei den Zuwendungen für Altersjubilare etc. und Ratsmitglieder	Bei den Ratsmitgliedern wurden durch die Einführung von Tablets Kosten für Druck und Versand von Papierexemplaren eingespart. Durch die Reduzierung der Ausgaben für Altersjubilare und alternativ einer Einladung zu einer viermal jährlich stattfindenden zentralen Feier wurden Kosten eingespart.	
118	Reduzierung Fraktionszuwendungen um 25%		Einsparungen konnten nicht in der gewünschten Höhe erzielt werden. U.a. auf Grund der Bildung einer weiteren Fraktion.
119	Verringerung der zu wählenden Vertreter		Wurde im Rat am 17.12.2017 abgelehnt.

Einsparvorschläge in der Umsetzungsphase bzw. bereits geprüft

Abbau von Standards, Leistungen und Zuschüssen

Nummer		angenommen	abgelehnt
120	Vorausschauende Liegenschaftspolitik betreiben.	401	
121	Reduzierung Zuwendungen für Ehe- und Altersjubiläen	Bei den Alters- und Ehejubiläen werden anstelle von Schecks i.H.v. 50,00 € - 100,00 € Einladungen für eine von fünf Veranstaltungen (Kaffee, Kuchen, Blumen und ein kleines Präsent) im Jahr ausgesprochen. Was zu Einsparungen von rund 8.000,00 € geführt hat.	
122	Reduzierung Abos und Fachliteratur	wurde umgesetzt	
123	Schließung der Verwaltung an Feiertagen/ Brückentagen	Wird bereits praktiziert	
124	Einstellung Kommunalen Ordnungsdienst	Aufgrund des Einsparvorschlags wurden sowohl die Personenzahl im Kommunalen Ordnungsdienst reduziert, als auch die Einsatzzeiten halbiert.	

Einsparvorschläge in der Umsetzungsphase bzw. bereits geprüft

Erhöhung Gewerbesteuern

Nummer		angenommen	abgelehnt
125	Anhebung der Gewerbesteuer		Wurde vom Rat abgelehnt, damit die Gewinnung von Gewerbebetrieben nicht gehemmt wird.

Erhöhung Grundsteuern

Nummer		angenommen	abgelehnt
126	Anhebung der Grundsteuern	bereits festgelegt im Rahmen der HSK-Maßnahme	

Erhöhung sonstiger kommunaler Steuern

Nummer		angenommen	abgelehnt
127	Einführung einer Pferdesteuer		Im Rahmen der HSK-Aufstellung abgelehnt

Finanzwirtschaftliche Maßnahmen

Nummer		angenommen	abgelehnt
128	Professionelles Schuldenmanagement	Die durch die HSK Maßnahmen, andere Auszahlungskürzungen bzw. -verschiebungen sowie durch Umschuldungen erzielten Liquiditätsverbesserungen können zum Abbau von Investitions- und Liquiditätskrediten eingesetzt werden.	
129	Aktive Liquiditätsplanung um Kreditkosten zu reduzieren	Weiterhin wird das Kreditportfolio etwas umgestellt, sodass durch einen tragbaren Teil an kurzfristigen Laufzeiten Zinsersparnisse erzielt werden. Mit dieser Strategie können die Zinsaufwendungen reduziert werden.	
130	Schließung Verwaltung z. B. Weihnachten/ Neujahr, Brückentage etc.	Wird bereits praktiziert	

Einsparvorschläge in der Umsetzungsphase bzw. bereits geprüft

Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Satzungen und Verträgen

Nummer		angenommen	abgelehnt
131	Erhöhung der Theatereintrittspreise	Wurde beschlossen und umgesetzt. Siehe Vorlage im HFA am 09.04.2019	
132	Reduzierung Fehlbetrag Hallenbad	Gutachten wurde erstellt. Maßnahmen werden stufenweise umgesetzt.	
Stellenabbau			
133	Personalkosten-einsparkonzept	wird fortlaufend umgesetzt und angepasst.	